

# 26. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Frühlingssession 2018



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  4. Aktualitäten

---

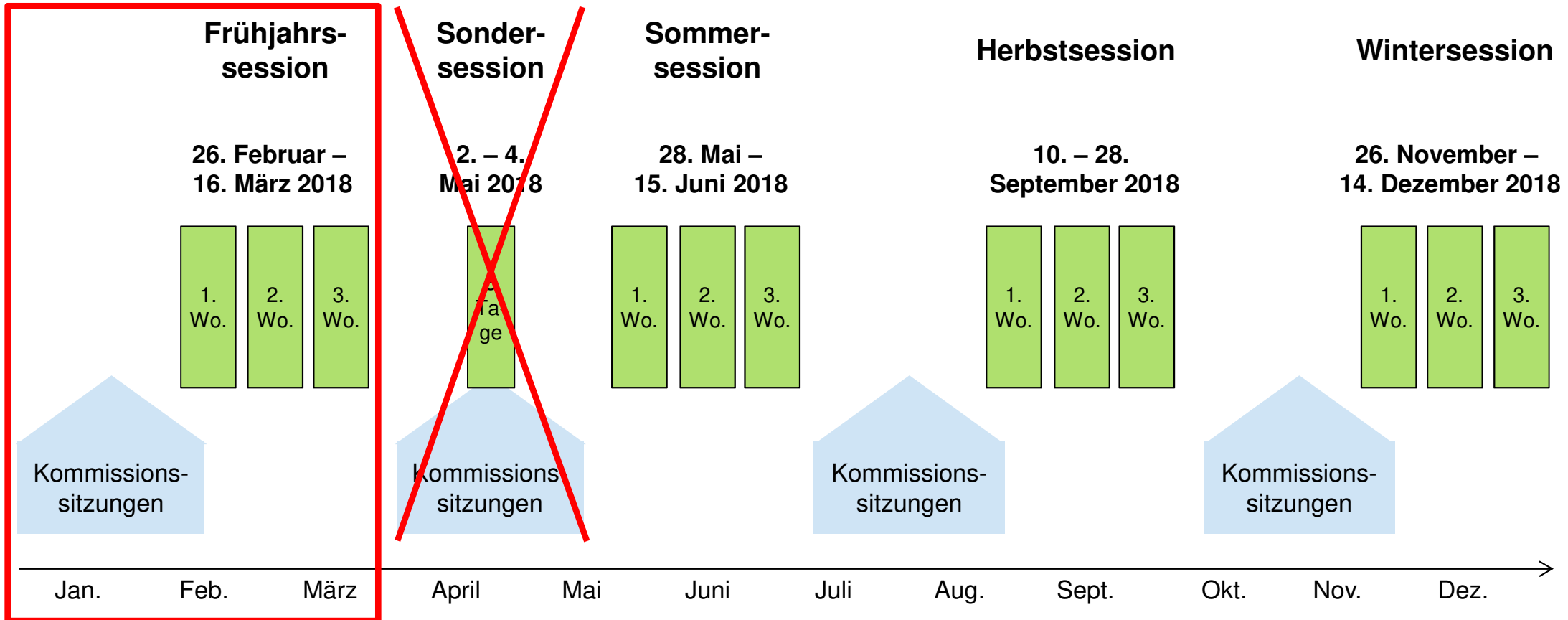
## 1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

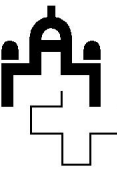
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

# In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Frühlingsession und andere wichtige politische Entwicklungen



 **Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt**



# Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen







<b>SVP:</b>	<b>68</b>
SP:	43
FDP:	33
CVP/EVP:	30
Grüne:	12
GLP:	7
BDP:	7

## 8 Stimmenzähler

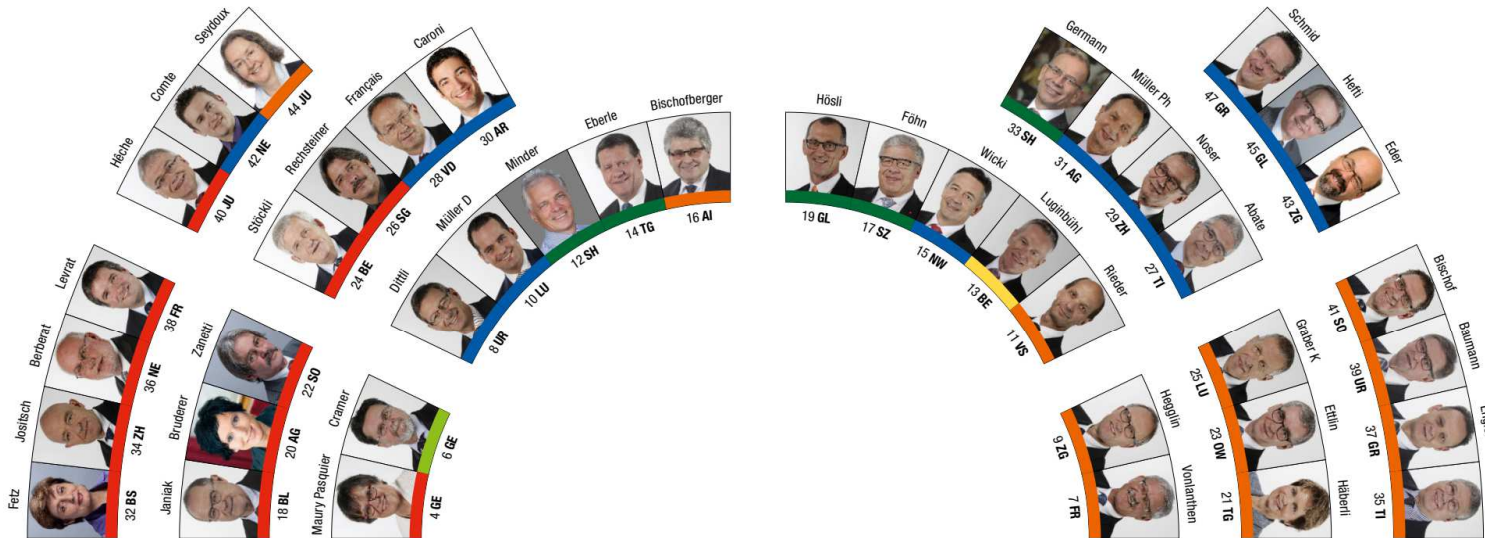
## Präsident (CVP)

## 1. Vizepräsidentin (SP)

## 2. Vizepräsidentin (FDP)

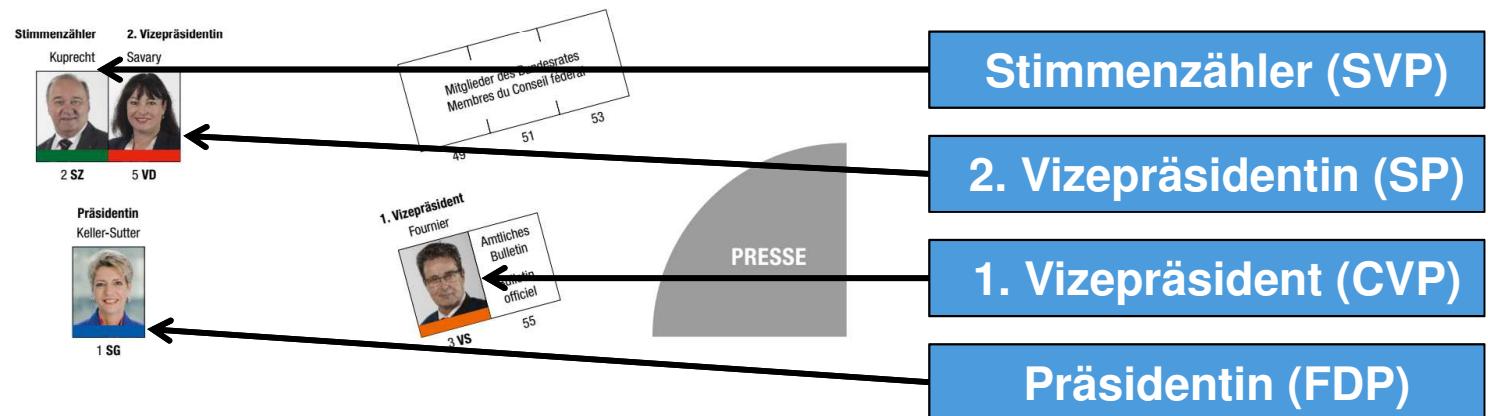
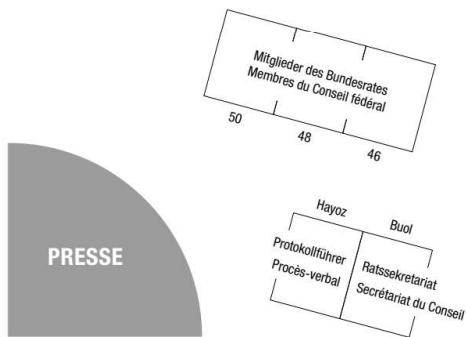
TA / 19 März 2018

# Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der FDP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die CVP und die SP



## Stärke der Fraktionen im Ständerat

FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
<b>SVP:</b>	<b>6</b>
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0



---

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

**2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**

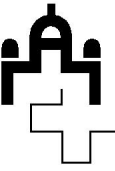
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

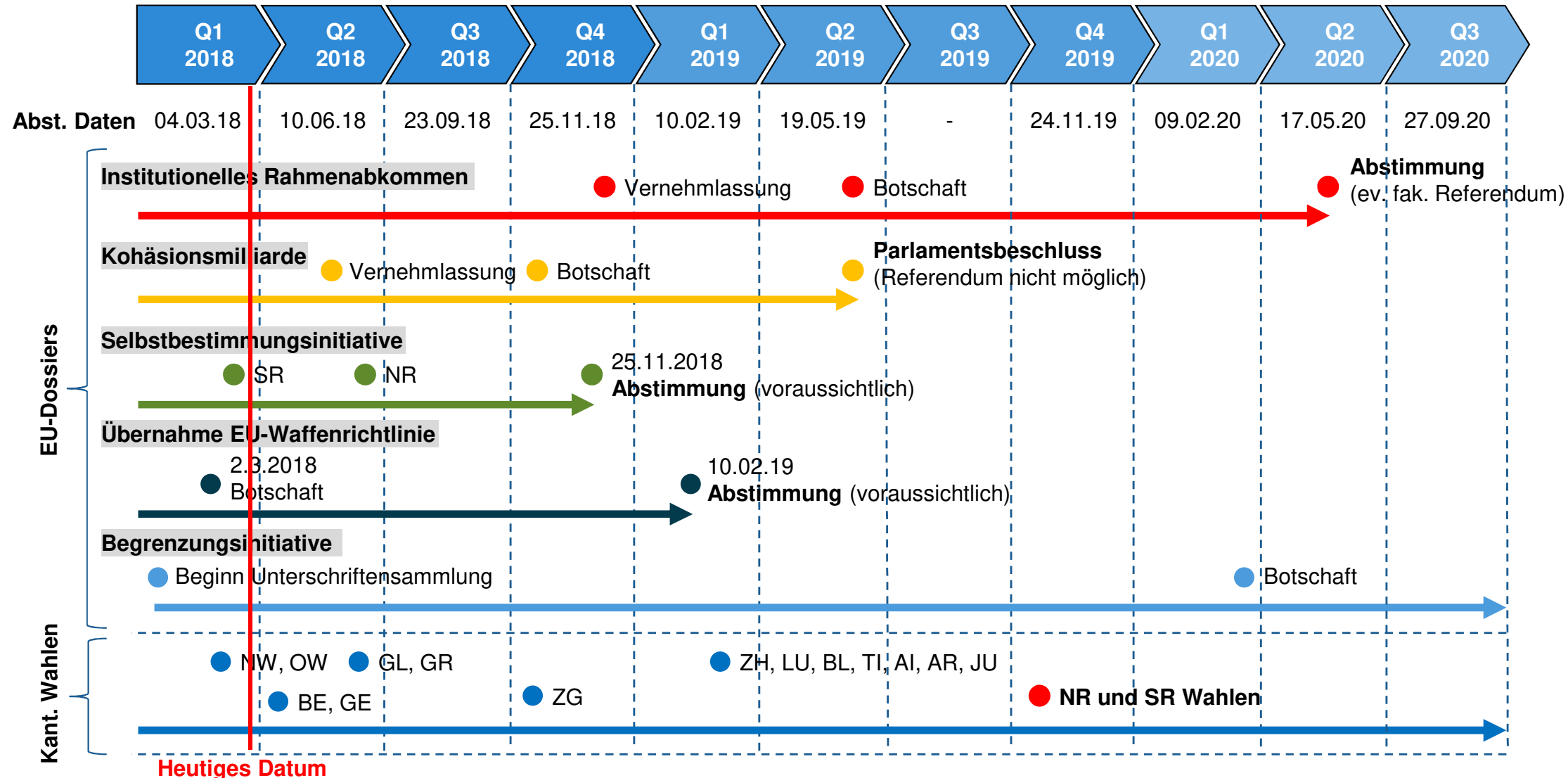


# Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Wintersession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Schweiz-EU: Institutionelles Rahmenabkommen, Kohäsionsmilliarde, Selbstbestimmungsinitiative, Übernahme der EU-Waffenrichtlinie und Begrenzungsinitiative
- 2 Zusatzvereinbarung zum Fonds für innere Sicherheit (Schengen/Dublin)
- 3 Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten
- 4 Reform der Ergänzungsleistungen (EL-Reform)
- 5 Informationssicherheitsgesetz
- 6 Souveränität der Kantone bei Wahlfragen
- 7 Umsetzung der Pädophilen-Initiative
- 8 Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)»
- 9 Diverse weitere Geschäfte



# Neben dem institutionellen Rahmenabkommen stehen im EU-Dossier in den nächsten Quartalen wichtige Entscheidungen an



Bemerkung: Zeitplan nicht bestätigt  
Quelle: [www.admin.ch](http://www.admin.ch); weitere Webseiten

# Der erwartete «Reset» bleibt aus: Bundesrat Cassis präsentiert alten Wein in neuen Schläuchen – beziehungsweise Würfeln

Drei Monate Ignazio Cassis im Aussendepartement

## *Rahmenabkommen ist jetzt ein blauer Ball*



Bundesrat Ignazio Cassis illustrierte gestern seine Rede in Lugano mit Styroporformen.

Bild: Pablo Gianinazzi/Keystone

Obwohl viele Nicht-EU/EWR-Länder auch Zugang zum EU-Binnenmarkt haben, wäre die Schweiz das **einzige Land**, welches mit dem institutionellen Rahmenabkommen **zwingend EU-Recht übernehmen** müsste («faktische Verpflichtung, mit EU-Rechtsentwicklungen Schritt zu halten», Prof. Oesch, SRF-Arena von 9. März 2018)

Quelle: Luzerner Zeitung vom Freitag, 2. Februar 2018

TA / 19 März 2018

# Das Schiedsgericht entpuppt sich als Strohmann-Argument, denn letztinstanzlich urteilt der Europäische Gerichtshof (EuGH)

?

Schiedsgericht  
statt EuGH

?

EU-Binnenmarkt  
= Fünf bilaterale  
Abkommen (insb.  
Personen-  
freizügigkeit!)

- Gemäss Bundesrat Cassis (5.3.18) soll ein Schiedsgericht darüber befinden, ob bestrittenes Recht a) Schweizer Recht, b) EU-Recht oder c) einzigartiges (sui generis) Recht ist. Schweizer Recht soll durch das Bundesgericht, EU-Recht durch den EuGH und einzigartiges (sui generis) Recht durch das Schiedsgericht ausgelegt werden.
- Professor Oesch stellte in der SRF-Arena von 9.3.18 klar, dass nach der EU fast alle Verträge zwischen der Schweiz und der EU in die Kategorie «EU-Recht» fallen und damit **für fast alle Streitigkeiten der EuGH zuständig wäre.**
- Gemäss dem Bundesrat sollen einzig die folgenden **fünf Abkommen** vom institutionellen Rahmenabkommen betroffen sein:
  - Personenfreizügigkeit,
  - Landverkehr,
  - Luftverkehr (dynamisches Abkommen),
  - Technische Handelshemmnisse («Mutual Recognition Agreement», MRA) und
  - Landwirtschaft (insb. Käse).
- **Die EU sieht das anders:** Sie stuft weitere Abkommen, insb. Elemente des Freihandelsabkommens von 1972, als binnenmarktrelevant ein.





# Der ehemalige Präsident des EFTA-Gerichtshofs spricht vom «EuGH-Modell im Tarnanzug»

Basler Zeitung | Dienstag, 13. März 2018 | Seite 2

## Das EuGH-Modell im Tarnanzug

Die Bundesrats-Vorschläge in Sachen Rahmenabkommen sind eine optische Täuschung

Von Carl Baudenbacher

Als sich der damalige Nationalrat Ignazio Cassis im Sommer 2017 um die Nachfolge des zurückgetretenen Bundesrats Didier Burkhalter bewarb, stellte er in Aussicht, beim Projekt Rahmenabkommen die Reset-Taste zu drücken. Das sogenannte EuGH-Modell sei ein «No Go». Dieses Versprechen hat wesentlich zu seiner Wahl beigetragen.

Am 5. März 2018 hat Cassis nun im Beisein seines neuen Europa-Staatssekretärs Roberto Balzaretti ein Streitbeilegungsmodell vorgestellt, bei dem ein Schiedsgericht die entscheidende Rolle spielen soll. Die Reaktionen waren überwiegend positiv, denn das gütliche Schlichten liegt den Schweizern im Blut. Leonhard Neidhart hat das Land bereits 1970 als «Verhandlungsdemokratie» bezeichnet. Diese Grundhaltung manifestiert sich auch im Umgang mit internationalen Verträgen. Man will sich nicht dem Spruch eines multilateralen Gerichts unterziehen, sondern seine Chancen durch Einsetzung eines paritätisch besetzten Schiedsgerichts erhöhen, und man setzt auf ebenfalls paritätisch besetzte Gemischte Ausschüsse. Die Schweiz ist schliesslich ein wichtiger Standort für internationale Handelsschiedsgerichte. Die Vorstellung, dass man bei aller Art von Konflikten ein Schiedsgericht bestellt, bei dem jede Seite einen Parteischiedsrichter ernannt und die Parteischiedsrichter sich auf einen Vorsitzenden einigen, ist weit verbreitet.

Was die Substanz betrifft, so will der Bundesrat mit dem Rahmenabkommen das schon lange geplante Stromabkommen abschliessen. Zum Schiedsgericht wurde gesagt, die EU habe grünes Licht gegeben. Das heikle Thema fremde Richter sei entschärft, weil ein Schweizer Richter oder eine Richterin im Schiedsgericht Einsitz nehmen könnte.

### Zwei bekannte Vorschriften

Zwar gibt es auch kritische Stimmen, aber bei den Parteien (mit Ausnahme der SVP) hat das Schiedsgerichtsmodell erst einmal eingeschlagen. Das erstaunt aus mehreren Gründen.



Die Schweiz, eine «Verhandlungsdemokratie». Die Reaktionen auf das Schiedsgerichtsmodell von Ignazio Cassis waren überwiegend positiv. Foto Keystone

Von Dominik Feusi, Bern

Vielleicht war es vermessend, von Ignazio Cassis beim Rahmenabkommen mit der EU die Quadratur des Kreises zu erhoffen. Aber was der Ausserminister zusammen mit seinen Bundesratskollegen in drei Sitzungen ausgebrütet hat, ist bei genauem Hinsehen nichts gross anderes als die Lösung seines Vorgängers. Diese hatte zu drei Jahren erfolglosen Verhandlungen und letztlich zu Burkhalters Rücktritt geführt.

Das Schiedsgericht, so erklärte es Cassis gestern vor den Medien, würde zuerst bloss untersuchen, über wessen Recht gestritten würde. Wäre es das Recht der EU, käme doch wieder der EU-Gerichtshof zum Zug. «Das akzeptieren wir selbstverständlich», sagte Cassis. Wäre es gemeinsames Recht, würde das Schiedsgericht abschliessend urteilen, und wäre es Schweizer Recht, käme die Schweiz zum Zuge.

Die Schweiz würde sich verpflichten, neues EU-Recht «dynamisch» zu übernehmen.

EU sei es, mehr oder weniger in verhandelt. Das Ergebnis ist bekannt. Das EuGH-Modell im Tarnanzug dürfte ebenso wenig zum Erfolg führen. Es gibt dabei zwei Grundprobleme: Zum einen gibt es in solchen Situationen nicht «die EU», sondern die Kommission, den Rat, das Parlament und den EuGH. Entscheidendes Gewicht hat

## Ignazio Cassis auf Burkhalters Spuren



Weiter wie bisher. Ignazio Cassis erklärte gestern in Bern, was der Bundesrat in den Verhandlungen mit der EU erreichen will. Foto Keystone

Bundesrat Cassis weiss um dieses sich die Schweiz – beispielsweise in gericht gelangen kann, würde die EU- haben weder FDP noch CVP Lust. SVP



# Heute ist die Schweiz frei: Zukünftig gälte ein enges Korsett

- Mit dem institutionellen Rahmenabkommen will die EU die Schweiz wie bereits beim Europäischen Wirtschaftsraum in ein enges, institutionelles Korsett zwingen.
- Das institutionelle Rahmenabkommen würde die Schweiz zwingen, sich bei der Rechtsetzung (Legislative) und bei der Rechtsprechung (Judikative) dem Diktat Brüssels zu unterordnen.
  - ➔ **Der Schweizer Stimmbürger müsste sein Stimmrecht in Brüssel abgeben. Nicht mehr der Stimmbürger entscheidet, sondern die EU!**
- Willigt die Schweiz nicht ein, EU-Rechtsentwicklungen, welche den Schweizer Interessen zuwiderlaufen, zu übernehmen, hätte die EU neu das Recht, die Schweiz zu sanktionieren. Mit dem institutionellen Rahmenabkommen würde die Schweiz also einem einseitigen Strafmechanismus zum eigenen Nachteil zustimmen.
- Beim (dynamischen) bilateralen Abkommen Schengen/Dublin hatte das Parlament wegen den drohenden Sanktionen noch nie den Mut, die Übernahme von EU-Recht abzulehnen. Beim institutionellen Rahmenabkommen wäre dies nicht anders, nur würde hierbei die EU einseitig der Schweiz die Regeln beim Personenfreizügigkeitsabkommen diktieren.

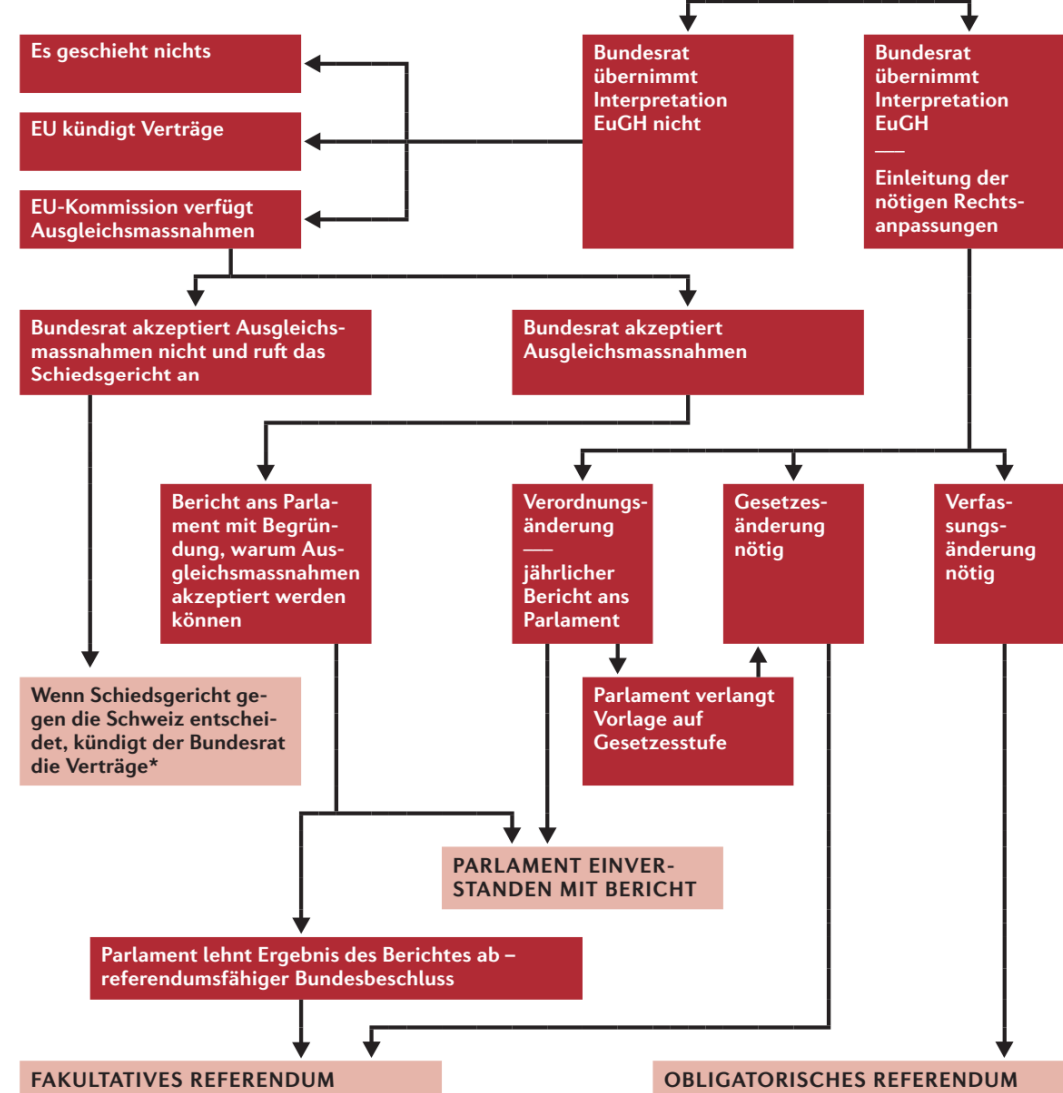
Die Übernahme des Binnenmarktrechtes erfolgt im «Gemischten Ausschuss», dem Vertreter der Schweiz und der EU angehören. Wenn man sich über die Auslegung des Binnenmarktrechtes nicht einigen kann, kommt es in der Schweiz zu politischen Entscheidungen. [http://www.sga-aspe.ch/wp-content/uploads/2017/10/SGA\\_FAKTENBLATT\\_SCHWEIZ-EU\\_09.pdf](http://www.sga-aspe.ch/wp-content/uploads/2017/10/SGA_FAKTENBLATT_SCHWEIZ-EU_09.pdf)

## Wie die Politik über die Übernahme von EU-Binnenmarktrecht entscheidet

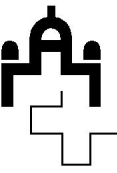
### VORBEREITUNGSPHASE



### PHASE DER POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN



\*Zur Zeit wird die Verschiebung der Kündigungskompetenz zum Parlament diskutiert.



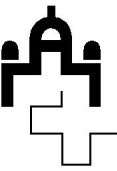
# Künftig würde die EU entscheiden, welches EU-Recht auf Schweizer Boden gelten soll – insbesondere bei der Zuwanderung

**Bestrafung für demokratische (vom Volk gefällte) Entscheide**

**Die EU hat «rote Linien» nie respektiert**

**EU-Diktat bei der Zuwanderung und dem Landverkehr**

- Die Schweiz müsste – wie heute beim (dynamischen) Abkommen Schengen/Dublin – alle Veränderungen des EU-Rechts im Bereich der betroffenen fünf Abkommen zwingend übernehmen. Lehnt das Parlament oder das Volk in einer Abstimmung die Übernahme einer Rechtsanpassung ab (z.B. weil für die Schweiz nachteilig), hätte die EU das Recht, die Schweiz zu sanktionieren. Heute kann die EU dies auch tun, muss aber mit Retorsionsmassnahmen seitens der Schweiz rechnen.  
➔ **Die Schweiz würde es der EU erlauben, sie für ablehnende Volksentscheide zu bestrafen.**
- Die Schweiz hat 11 «rote Linien» definiert (wie z.B. die Unionsbürgerschaft). In diesen Bereichen versucht die Schweiz zu verhindern, dass die EU ihr EU-Recht aufzwingt.
  - Bei Schengen/Dublin wurde der Schweiz ebenfalls versprochen, dass sich betreffend des Waffenrechts für die Schweiz nichts verändert. 12 Jahre später wurde dieses Versprechen gebrochen.
  - Analog hat die EU im November 2005 versucht, die Schweizer Steuerregimes als unzulässige Staatsbeihilfen im Sinne des Freihandelsabkommens EFTA-EU von 1972 zu qualifizieren, obwohl der Bundesrat in einem gegenteiligen Gutachten (März 2006) festhält, dass kantonale Steuerregimes nicht in Anwendungsbereich des Freihandelsabkommens fallen.➔ **In wenigen Jahren sind die «roten Linien» vergessen & die EU weitet ihren Machtbereich aus.**
- Von den fünf betroffenen Abkommen sind die Personenfreizügigkeit und das Landverkehrsabkommen die gefährlichsten für die Schweiz. Die EU könnte einseitig bestimmen, unter welchen Bedingungen EU-Ausländer in die Schweiz einreisen und in der Schweiz bleiben können, wer welchen Zugang zu den Schweizer Sozialwerken (AHV, IV, Ergänzungsleistungen, individuelle Prämienverbilligungen) hat und welche Lastwagen (Gewicht, Emissionen etc.) zu welchen Zeiten durch die Schweiz fahren dürfen. Es geht also nicht um irgendeinen Marktzugang, sondern darum, welches Recht auf Schweizer Boden gilt.  
➔ **Die EU bestimmt fortan, welches Recht auf Schweizer Boden gilt, insbesondere bei der Personenfreizügigkeit und beim Landverkehr.**



# Der EuGH würde über die Schweiz richten, die Kantone bevormundet und die Schweiz bliebe trotzdem erpressbar

Die EU  
akzeptiert kein  
Schiedsgericht,  
das ja über dem  
EuGH stände

Neuer Apparat  
zur Überwachung  
der Kantone

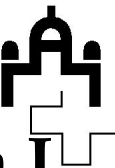
Diskriminierung  
weiterhin  
möglich

- Zum Schiedsgericht sagt Carl Baudenbacher folgendes (NZZ, 23. Februar 2018): „Dass die EU im materiellen Recht kein solches Schiedsgericht akzeptieren kann, das ja über dem EuGH stände, steht nicht nur im EWR-Abkommen, sondern auch im bilateralen Zollsicherheitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Wenn der fragliche Hinweis tatsächlich gegeben wurde, so hat die EU damit wohl auf das sogenannte Ukraine-Abkommen angespielt. Dort gibt es ein Schiedsgericht, das allerdings zur Vorlage an den EuGH verpflichtet ist, der verbindlich entscheidet.“ Professor Oesch nennt das Schiedsgericht in der Arena vom 9.3.18 «gerichtspychologisch interessant», weil damit der Anschein erweckt werden kann, dass die Schweiz mit einem Richter mitentscheiden könne. Allerdings urteilt letztinstanzlich trotzdem der EuGH.
  - ➔ **Die EU kann ihren Gerichtshof (EuGH) jederzeit anrufen. Das diskutierte Schiedsgericht soll lediglich den Durchgriff des EuGH verschleiern.**
- Stephan Breitenmoser und Simon Hirsbrunner sagen folgendes (NZZ, 18. Januar 2018): „Durch eine vertragliche Pflicht zur Übernahme neuen EU-Rechts und einer Gutachterkompetenz des EuGH würde der Rechtscharakter der bisherigen, vorwiegend durch Völkerrecht bestimmten Verträge zwischen der Schweiz und der EU geändert. Diese würden zu partiellen Integrationsabkommen, die spezifische Grundsätze und Verfahrensregeln des EU-Rechts für die Schweiz verbindlich machten, wie zum Beispiel in den Bereichen des Subventions-, des Steuer- und des Wettbewerbsrechts.“ Schweizer Eigenheiten wie Wasserzinsen oder Mehrheitsbeteiligungen an Energieunternehmen (z.B. Kanton Bern an der BKW) wären akut gefährdet. Eine Kontrollinstanz würde neu die Kantone überwachen.
  - ➔ **Eine neue Kontrollinstanz würde die Kantone bevormunden und bei Verletzung der EU-Regeln bestrafen. Der Föderalismus würde weiter eingeschränkt.**
- Das Schweizer Börsenregulierung ist nicht vom institutionellen Rahmenabkommen betroffen, da die Schweiz kein bilaterales Abkommen im Finanzdienstleistungsbereich will. Die Schweiz könnte auch in Zukunft bei der Anerkennung der Äquivalenz ihrer Börsenregulierung vor der EU diskriminiert werden.
  - ➔ **Die Schweiz bliebe trotz Aufgabe ihrer Souveränität erpressbar.**

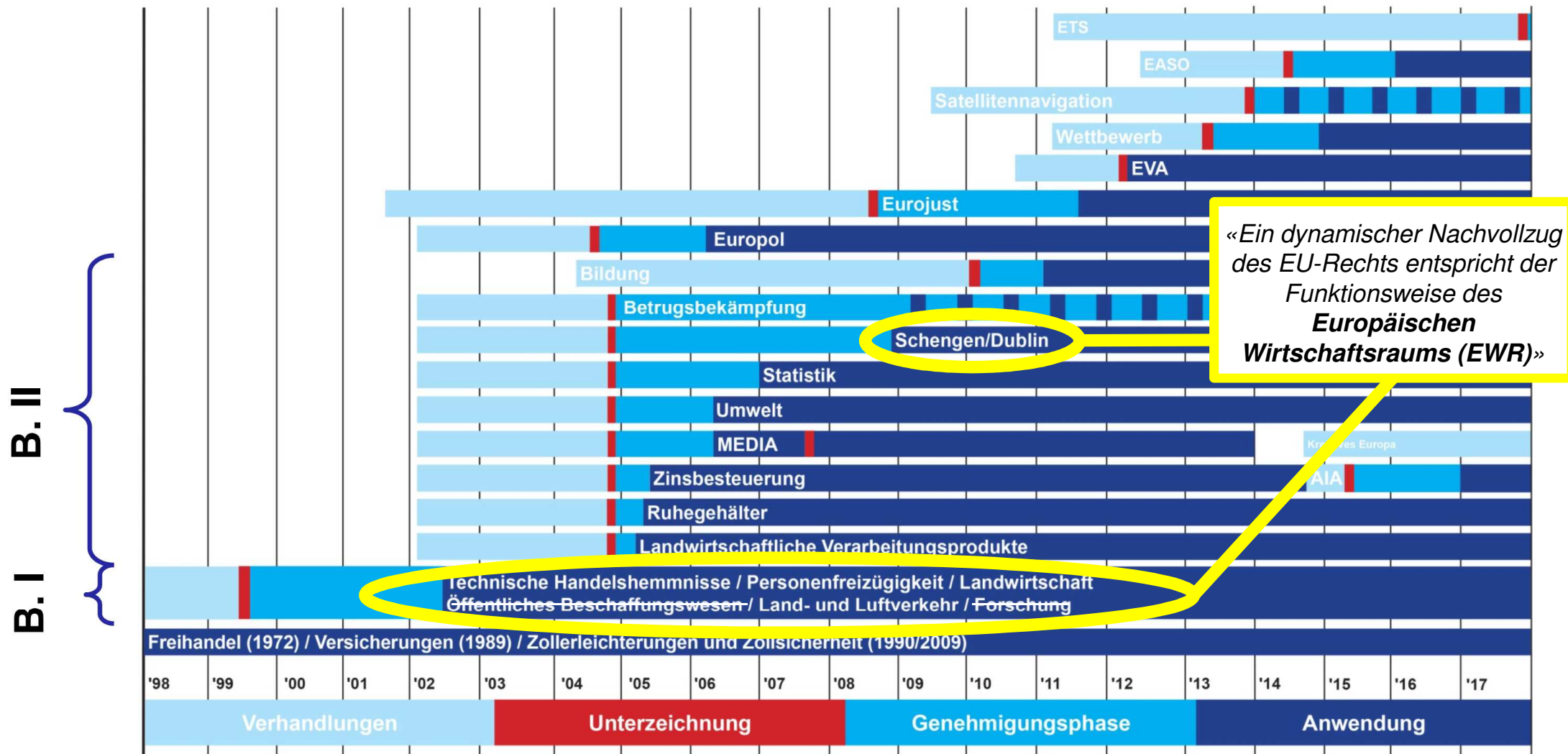
## TA / 19 März 2018

[illegible]





# Wie bei Schengen/Dublin würde die EU auch bei den Bilateralen I der Schweiz ihr Recht aufzwingen («dynamischer Nachvollzug»)





# Kanada hat fast gleichen Marktzugang zur EU wie die Schweiz

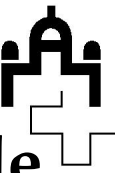
- Eine neue Studie der Universität Genf zeigt auf, dass Kanada mit dem sog. *Comprehensive Economic and Trade Agreement*, CETA fast den gleichen Marktzugang zum EU-Binnenmarkt wie die Schweiz hat.
- Bei drei der sog. «vier Freiheiten der EU», beim freien Warenverkehr, beim freien Dienstleistungsverkehr und beim freien Kapitalverkehr hat Kanada in etwa den gleichen Marktzugang zu den ~450 Mio. Konsumenten in der EU (exkl. Grossbritannien, GB) wie die Schweiz.
- Bei der vierten Freiheit, dem freien Personenverkehr, haben Kanada und die EU keine Öffnung vollzogen.

➔ **Das kanadische Freihandelsabkommen entspricht in weiten Teilen einem Marktzugangsabkommen, wie es die Schweizer Bevölkerung will (Marktzugang ja, aber ohne Personenfreizügigkeit).**

- Auch GB strebt ein CETA-ähnliches Abkommen mit der EU an um einerseits den Marktzugang zu erhalten und andererseits die Zuwanderung einzuschränken.

➔ **Die Schweiz soll sich auf keinen Fall vor Grossbritannien zum Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens drängen lassen.**

	EEA/EFTA (Norway)	Swiss B.A. (in force)	Swiss B.A. (future)*	EU-Ukraine (DCFTA)	EU-Canada (CETA)
<b>4 freedoms / Internal market:</b>					
<b>Free movement of goods (tariff barriers)</b>					
- Industrial goods	Yes	Yes		Yes	Yes
- Unprocessed agric. products	No	No		Yes	Yes**
- Processed agric. products	Limited	Limited (CH still applies duties)		Yes***	Yes
- Fisheries	Limited	Yes		Yes***	Yes
<b>(non-tariff barriers)</b>					
Conformity assessment	Yes	Yes		Yes	Yes
Mutual recognition (Cassis de Dijon principle)	Yes	No (CH unilat. application)		No	No
Trade facilitation [simplification of border controls and formalities]	Yes	Yes		Yes	Yes
Anti-fraud cooperation (customs)	Yes	Yes		Yes	Yes
Identical rules on preferential origin (Pan-Euro-Med Convention)	Yes	Yes		Yes	No
<b>Free Movement of persons</b>	Yes	Yes		No	No
- Mutual recognition of diplomas	Yes	Yes	Unchanged	No	No****
- Social security coordination	Yes	Yes		No	No
- Posted workers	Yes	Yes (special rules)		No	No
- Citizens' right directive	Yes	No		No	No
<b>Free movement of services</b>					
Postal services	Yes	No		Yes***	Limited
EU no-roaming area	Yes	No		In negotiation	No
EU financial passport	Yes	No		No	No
<b>Equivalences</b> (if no financial pass.):					
- MiFID II (trading obligation shares)	-	Limited*****		No	No
- Solvency II (insurance)	-	Yes		No	Limited
- EMIR (central counterparties)	-	Yes		No	Yes
Air transport	Yes	Yes		No	limited
Public procurements	Yes	Yes		Yes***	Yes
<b>Free movement of capital (removal of capital controls)</b>	Yes	in force before the B.A.		progressive removal	in force before the CETA
EU Capital Markets Union	Yes	No		No	No
<b>Customs Union</b>					
EU common external tariff	No	No		No	No
Controls on rules of origins	Maintained	Maintained		Maintained	Maintained
Freedom to negotiate trade agreements with non-EU countries	Maintained (alone or via EFTA)	Maintained (alone or via EFTA)		Maintained	Maintained
<b>EU Value added tax</b>					
EU VAT area (removal of border controls on indirect taxation)	No	No		No	No
<b>Energy policy</b>					
EU market-coupling (electricity)	Yes	No (negotiations frozen)		No	No
EU emission trading system	Yes	Participation in 2019		No	No
<b>Competition policy</b>					
Cartel, abuse of dominant position and mergers (alignment on EU rules)	Yes	Yes (coop. agreement + CH aligns on <i>acquis</i> )		Yes	No
State aid (alignment on EU rules)	Yes	No	Yes (proposed by EU)	Yes	No



# Noch im Frühling 2018 will der Bundesrat die Kohäsionsmilliarde verabschieden – ohne eine einzige Konzession seitens der EU

## Worum es geht

## Position der SVP

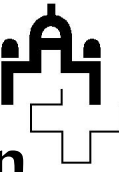
## Bisherige Entwicklungen

- Der Bundesrat hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine weitere Kohäsionsmilliarde zugesichert. 1,1 Milliarden Franken sollen an die neuen EU-Länder (EU-13) mit Fokus Berufsbildung verteilt werden. Weitere 200 Millionen Franken will der Bundesrat im Migrationsbereich in den südlichen EU-Staaten einsetzen.
- Die SVP lehnt die Kohäsionsmilliarde, für welche die Schweiz keine nennenswerte Gegenleistung erhält, klar ab. Ein weiteres Mal hat der Bundesrat die Interessen der EU über die Schweizer Interessen gestellt.
- **15. November 2017:** Der Bundesrat bespricht die Strategie für das Juncker-Treffen. In einem EDA-Papier vom 14. Nov. wird die Zusicherungen der EU betr. der Börsenregulierung erwähnt, die die Schweiz erhalten habe. Der Bundesrat gibt darauf grünes Licht für die Kohäsionsmilliarde.
- **23. November 2017:** Juncker überrascht den Bundesrat damit, dass es betr. der Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Börsen mit denjenigen der EU keine Zusage gibt. Trotz ausbleibender Zusage wird die Kohäsionsmilliarde durch den Bundesrat bestätigt.
- **6. Dezember 2017:** Bundespräsidentin Leuthard sagt im Radio, dass die Schweizer Börsenäquivalenz am morgigen Tag in Brüssel behandelt würde.
- **7. Dezember 2017:** In Brüssel geschieht nichts, obwohl Juncker dieses Datum bei seinem Besuch ausdrücklich nannte (Vizekanzler André Simonazzi: «An diesem Gespräch wurde dieses präzise Datum seitens der EU genannt.»).
- **13. Dezember 2017:** Die EU-Kommission teilt mit, dass sie die Börsenregulierung von Hong Kong, Australien und den USA als gleichwertig anerkenne. Die CH-Börsenregulierung wird nicht behandelt.
- **21. Dezember 2017:** Brüssel anerkennt die Gleichwertigkeit der CH-Börsenregulierung nur für ein Jahr.
- **5. März 2018:** Die Mehrheit im Bundesrat erteilt Bundesrat Cassis den Auftrag, eine Vernehmlassungsvorlage zur Kohäsionsmilliarde auszuarbeiten, ohne eine einzige Konzession seitens der EU erhalten zu haben.

Wer soll bestimmen dürfen, welche Regeln bei uns gelten? Ein Strassburger Gericht oder wir Schweizerinnen und Schweizer?

**Fremdbestimmt!**



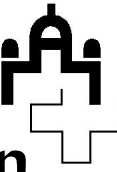


# Sollen fremde Richter entgegen dem Schweizer Volk entscheiden, dass kriminelle Ausländer in der Schweiz bleiben dürfen?

## Worum es geht

## Position der SVP (1/2)

- Die Selbstbestimmungsinitiative bringt die grundlegendste aller politischen Fragen aufs Tapet: Wer macht in der Schweiz die Gesetze? Wer bestimmt, was bei uns gilt? Die Initiative gibt darauf eine klare Antwort: Volk und Stände. Sie sind der oberste Souverän. Rechtlich ausgedrückt heisst das, dass die Verfassung über dem internationalen Recht steht (unter Vorbehalt des zwingenden Völkerrechts, wie etwa des Folterverbots).
- Weil in den letzten Jahren dazu übergegangen wurde, das internationale Recht über das Schweizer Recht zu stellen, verlangt die SVP mit der Selbstbestimmungsinitiative die Rückkehr zur bisherigen Ordnung. Sie will damit unsere bewährte demokratische Ordnung erhalten: die Mitsprache der Bürger im Rahmen der direkten Demokratie und das Recht und die Pflicht des Parlaments, Gesetze im Rahmen der Verfassung zu beschliessen.
- Die Richter in Strassburg legen die EMRK jedoch dynamisch und immer weitergehend aus. Unter dem Titel der Menschenrechte schützt Strassburg Versicherungsbetrüger, Hausbesetzer und kriminelle ausländische Sozialhilfebezüger.
- Gegenüber Übergriffen der Strassburger Richter in die schweizerische Souveränität eine rote Linie gezogen werden: Wo Gerichtsurteile Entscheiden von Volk und Ständen, also unserer Verfassung, widersprechen, müssen unsere Volksentscheide Vorrang haben. Das gilt in Deutschland genau gleich: Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass es Urteile aus Strassburg nicht umsetzen wird, wenn sie dem deutschen Grundgesetz widersprechen. Das Schweizer Stimmvolk hat entschieden – gleich zweimal! –, unter welchen Voraussetzungen kriminelle Ausländer das Land verlassen müssen. Das Schweizer Stimmvolk hat entschieden, dass in der Schweiz keine Minarette gebaut werden dürfen. Diese Volksentscheide sind auf jeden Fall umzusetzen und durchzusetzen.



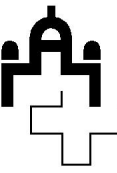
# Sogar die EU ist der Menschenrechtskonvention nicht beigetreten, weil sie keine «fremden» Richter über dem EuGH toleriert

## Position der SVP (2/2)

## Ergebnis in den Räten

- Die Mitsprache der Bürger im Staat ist ein Menschenrecht. Im Kampf für dieses Recht haben im Verlauf der Geschichte der Menschheit bis zum heutigen Tag Unzählige ihr Leben gelassen. Volksentscheide zu missachten, den betroffenen Menschen das Stimmrecht wegzunehmen, sie mundtot zu machen, ist einer der grössten Angriffe auf die Menschenrechte überhaupt.
- Die anderen Parteien und die Wirtschaftsverbände sehen in der Selbstbestimmungsinitiative eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort. In Wirklichkeit hat die Selbstbestimmungsinitiative auf wirtschaftsbezogene internationale Verträge keinen Einfluss. Denn die Freihandelsabkommen, die die Schweiz mit anderen Ländern abgeschlossen hat oder in Zukunft vielleicht abschliessen wird, stehen mit unserer marktwirtschaftlichen Verfassung in Einklang. Wäre dem nicht so, hätten sie nicht abgeschlossen werden dürfen.
- Interessanterweise hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) einen Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention blockiert, weil es verhindern wollte, dass «fremde» Richter (vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte) über dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) stünden.
- Der Ständerat lehnt die Selbstbestimmungsinitiative (17.046) ohne Gegenvorschlag ab. Die Volksinitiative der SVP wurde von keiner Partei ausser den eigenen Ständeräten unterstützt.
- Der Gegenvorschlag wurde mit 27 zu 15 Stimmen verworfen.
- Als nächstes geht das Geschäft in den Nationalrat





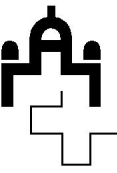
# Im Rahmen von Schengen/Dublin greift die EU die Schweizer Milizarmee an – Nein zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie

## Worum es geht

## Position der SVP

## Ergebnis in den Räten

- Die EU-Waffenrichtlinie wurde vor dem Hintergrund terroristischer Anschläge in Europa ausgearbeitet. Waffen mit denen mehrere Schüsse ohne Nachladen abgegeben werden können, sollen verboten werden und der Informationsaustausch im Schengenraum verstärkt werden. Eine Ordonnanzwaffe der Schweizer Armee, das Sturmgewehr 90, wäre somit fortan eine verbotene Waffe. Weitere Anpassungen des Schweizer Waffenrechts:
- **Zwang zur Vereinsmitgliedschaft:** Sportschützen können weiterhin mit Sturmgewehren schießen, wenn sie entweder Mitglied in einem Schiessverein sind oder nachweisen können, dass sie regelmässig schießen.
- **Zwang zur Nachregistrierung:** Wer bereits eine Waffe besitzt, die gemäss Richtlinie verboten ist, muss dies innerhalb von drei Jahren beim kantonalen Waffenbüro bestätigen lassen.
- **Zwang zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie:** Die Schweiz hat nur bis am 19. Mai 2019 Zeit, die EU-Waffenrichtlinie umzusetzen. Falls sie dies nicht tut, könnte dies zur Kündigung des Schengen-Abkommens führen, da das Schengen/Dublin-Akommen ein sogenannt «dynamisches» Abkommen ist.
- Die SVP lehnt die geplanten Änderungen des Waffengesetzes klar ab. Die SVP fordert, dass der im Entwurf vorgesehene Vereinszwang, die Nachregistrierung von halbautomatischen Feuerwaffen, der Bedürfnisnachweis für Sammler sowie die neuen Waffenkategorien gestrichen werden.
- Die Beratungen in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats beginnen im April 2018.



# Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten Länder tun

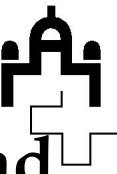
**Probleme der masslosen Zuwanderung endlich lösen**

**Zuwanderung eigenständig regeln**

**Personenfreizügigkeit notfalls kündigen**

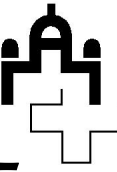
- Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr wandern 60'000 bis 80'000 Personen mehr in unser Land ein als es verlassen. Die negativen Folgen sind schmerzhaft: Einheimische Arbeitsplätze werden zusehends gefährdet, namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt, der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen und die Landschaft wird zubetoniert. Züge, Strassen und Schulen platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere Kultur. Plätze, Züge und Strassen werden unsicherer. Hinzu kommt, dass praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche.
- Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten erfolgreichen Länder der Welt tun. Es käme ihnen nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren. Vielmehr verschärfen sogar viele Länder vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze.
- Der Bundesrat wird beauftragt, auf dem Verhandlungsweg das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU spätestens zwölf Monate nach Annahme der Begrenzungs-Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.





# Im Überblick: Es ist zu verhindern, dass internationales Recht und damit fremde Richter über das Schweizer Volk gestellt werden

	Institutionelles Rahmenabkommen	Selbstbestimmungsinitiative	Begrenzungsinitiative
Worum es geht	EU-Recht und EU-Richter statt Schweizer Recht	Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihm vor, unter Vorbehalt der zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.	Die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern soll wieder eigenständig geregelt werden.
Was die Folgen sind	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Zwingende Übernahme EU-Recht</b> = Entmachtung Bürger</li> <li>▪ Unterstellung unter <b>fremde Gerichte</b> = Gegen CH Souveränität</li> <li>▪ EU kann <b>Sanktionen</b> ergreifen</li> <li>▪ <b>EU-Überwachungsinstanz</b></li> <li>▪ Jährliche <b>Kohäsionszahlungen</b></li> <li>▪ Die EU ordnet an = EU-Beitritt in Raten = <b>Ende des bilateralen Weges</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gemäss Art. 5 BV ist Völkerrecht zu beachten</li> <li>▪ Bundesgericht urteilt, dass vom Volk angenommene Initiativen bei Konflikt mit «Völkerrecht» nicht anwendbar sind</li> <li>▪ <b>Bundesgericht stellt internationales Recht über Schweizer Recht (Änderung der Rechtsprechung)</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Eigenständige Steuerung, d.h. Kontingente und Höchstzahlen</li> <li>▪ <b>Bewährte Lösung</b>, welche die Schweiz von 1970-2007 praktizierte</li> <li>▪ <b>Kündigung des EU-FZA</b>, falls Ausserkraftsetzung auf Verhandlungsweg nicht möglich</li> </ul>
Was zu tun ist	Das institutionelle Rahmenabkommen muss zwingend <b>abgelehnt</b> werden	Die <b>Selbstbestimmungsinitiative</b> muss unbedingt <b>angenommen</b> werden	<b>Unterschreiben Sie</b> ab Januar 2018 die <b>SVP-Begrenzungsinitiative</b>



# Schengen/Dublin zeigt exemplarisch, wie die Schweiz bei «dynamischen» Abkommen zur Rechtsübernahme gezwungen wird

## Worum es geht

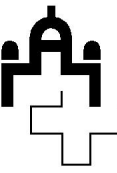
- Weil das Schengen/Dublin-Abkommen ein sogenannt «dynamisches» Abkommen ist, muss die Schweiz zwingend jegliche EU-Rechtsweiterentwicklungen übernehmen.
- Am 16. April 2014 verabschiedeten das Europäische Parlament und der Rat der EU sowohl die Verordnung (EU) Nr. 515/2014 zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit im Bereich Aussengrenzen und Visa (ISF-Grenze) für den Zeitraum 2014-2020 als auch die Verordnung (EU) Nr. 514/2014 zur Festlegung der allgemeinen Bestimmungen für den Fonds für die innere Sicherheit und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (sog. Horizontale Verordnung). Beide Verordnungen wurden der Schweiz am 7. Mai 2014 notifiziert. Über die sieben Jahre Laufzeit des Fonds wird sich die Schweiz voraussichtlich mit durchschnittlich 20,6 Millionen Franken pro Jahr am Fonds beteiligen. Laut diesem Schengen-Schlüssel richtet sich der Beitrag der Schweiz am Fonds nach dem «Verhältnis des Prozentsatzes des nationalen BIP zum BIP aller teilnehmenden Schengen-Staaten».

## Position der SVP

- Die SVP lehnt eine Teilnahme der Schweiz an diesem neuen EU-Fonds für die innere Sicherheit entschieden ab. Es geht nicht an, dass der Schweiz bei Schengen/Dublin Jahr für Jahr neue finanzielle Belastungen aufgebürdet werden.

## Ergebnis in den Räten

- Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer Zusatzvereinbarung zum Fonds für innere Sicherheit (17.061) zugestimmt. Gegen den Willen der SVP und der Grünen wird die Schweiz somit jährlich 20,6 Mio. CHF dafür beitragen müssen. Das Geld sollen Staaten erhalten, die wegen ihrer ausgedehnten Land- und Seegrenzen hohe Kosten für den Schutz der Schengen-Aussengrenzen tragen.



# Nach einem Urteil des EGMR musste für die Überwachung von Versicherten eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden

## Worum es geht

- Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) kritisierte in seinem Urteil vom 18. Oktober 2016 bezogen auf einen Fall der Unfallversicherung, dass in der Schweiz eine präzise und detaillierte gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten fehlt. Im Nachgang zu diesem Urteil stellten die Unfallversicherer die Observation von Versicherten ein.
- Mit dieser Vorlage soll eine klare gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die es den Sozialversicherungsträgern ermöglicht, Observationen von Versicherten durchzuführen. Dabei soll insbesondere den Anforderungen, welche der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in seinem Urteil vom 18. Oktober 2016 aufgestellt hat, Rechnung getragen werden.

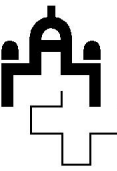
## Position der SVP

- Die SVP befürwortet die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten.

## Ergebnis in den Räten

- Die grosse Kammer hat als Zweitrat der gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten (16.479) zugestimmt. Künftig dürfen Versicherungen damit IV-Bezüger, Arbeitslose und Krankenversicherte bei Verdacht auf Missbrauch observieren.
- Das Parlament beschloss, neben Bild- und Tonaufnahmen auch technische Instrumente zur Standortbestimmung zu erlauben. Gemeint sind vor allem GPS-Tracker, die an Autos angebracht werden. Anders als bei den Bild- und Tonaufnahmen braucht es dafür eine richterliche Genehmigung.
- Die Räte haben zudem beschlossen, die Kompetenz zur Anordnung der Überwachung den Direktionsmitgliedern der Versicherungen zu übertragen.





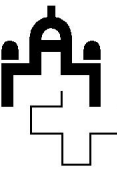
# Im Gegensatz zum Ständerat will der Nationalrat bei den Ergänzungsleistungen das Kostenwachstum dämpfen

## Worum es geht

## Position der SVP

## Ergebnis in den Räten

- Mit der EL-Reform sollen die Verwendung von Eigenmitteln für die Altersvorsorge verbessert sowie unerwünschte Schwelleneffekte reduziert werden. Um eine Leistungsverchiebung in die Sozialhilfe und damit eine finanzielle Mehrbelastung der Kantone zu verhindern, soll das EL-Niveau mit der vorliegenden Reform grundsätzlich erhalten bleiben.
- Kostendämpfende Massnahmen im System der EL sind unumgänglich. Die SVP würde diesbezüglich eine grundsätzliche Reform der Ergänzungsleistungen zur Verhinderung von Fehlanreizen befürworten. Der vorliegenden Reform steht die SVP kritisch gegenüber, da die Einsparungen gemäss Bundesrat minim sind.
- Bei der Reform der Ergänzungsleistungen (EL-Reform) (16.065) konnten sich die bürgerlichen Parteien mehrheitlich durchsetzen. So werden die maximal anrechenbaren Mieten zwar leicht erhöht, die Kantone erhalten aber die Möglichkeit, auch unter das aktuelle Niveau zu gehen. Auch die Beiträge für jüngere Kinder werden gesenkt. Wer als Einzelperson mehr als 100'000 CHF Vermögen aufweist, kann künftig keine EL beanspruchen, bei Ehepaaren liegt die Schwelle bei 200'000 CHF. Auch die Freibeträge für die EL-Berechnung werden gesenkt (25'000 CHF für Singles, 40'000 CHF für Ehepaare). Darüber liegende Beiträge gelten als Einkommen. Beim Kapitalbezug der zweiten Säule gibt es hingegen keine Einschränkungen. Guthaben für den Gebrauch oder den Vorbezug für den Erwerb von Wohneigentum bleiben weiterhin möglich.
- Die gesamten jährlichen Einsparungen liegen im tiefen dreistelligen Millionenbereich. Die Vorlage geht nun wieder an den Ständerat zurück, der deutlich weniger sparen will.



# Im Gegensatz zum Ständerat sieht der Nationalrat beim Informationssicherheitsgesetz den zusätzlichen Nutzen nicht

## Worum es geht

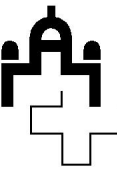
- Der Bundesrat verfolgt mit der Vorlage zwei ambitionierte Ziele.
  - Zum einen will er die wichtigsten Rechtsgrundlagen für die Sicherheit von Informationen und Informatikmitteln des Bundes in einen einzigen Erlass zusammenführen (Einheitserlass). Dabei sollen Lücken des geltenden Rechts geschlossen sowie zahlreiche Anliegen der parlamentarischen Aufsichtsbehörden berücksichtigt werden.
  - Zum anderen soll die Regelung für alle Behörden und Organisationen des Bundes gelten. Damit soll der Bund ein möglichst einheitliches Sicherheitsniveau erreichen.
- Das Gesetz richtet sich primär an die Bundesbehörden. Der Bundesrat will jedoch auch die Zusammenarbeit mit den Kantonen verbessern. Die Kantone sollen für eine gleichwertige Informationssicherheit sorgen, wenn sie klassifizierte Informationen des Bundes bearbeiten oder auf seine Informatikmittel zugreifen.

## Position der SVP

- Aus Sicht der SVP ist die Vorlage abzulehnen. Massgebende Mehrwerte werden mit einem Bundesgesetz über die Informationssicherheit nicht geschaffen. Es führt vielmehr zu mehr Bürokratie und kann zu einer einheitlichen Anwendung der Bestimmungen nur beschränkt beitragen.

## Ergebnis in den Räten

- Zu komplex, unklare Kosten, fehlender Nutzen und die Gefahr von Eigendynamik. Dies das Fazit der Debatte zum Informationssicherheitsgesetz (17.028) im Nationalrat. Die grosse Kammer beschloss aufgrund dessen Nichteintreten auf die Vorlage, welche damit wieder an den Ständerat zurückgeht, welcher das Gesetz in der Wintersession 2017 ohne Gegenstimme angenommen hatte.



# Wiedererlangung der Souveränität der Kantone in der Ausgestaltung ihres Wahlrechts

## Worum es geht

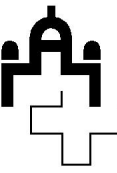
- Die Kantone Zug und Uri verlangen, dass die Bundesverfassung so zu ändern, dass die Kantone frei sind in der Ausgestaltung ihres Wahlrechts.
- Nach konstanter Praxis sind die Kantone in der Ausgestaltung ihres politischen Systems und des Wahlverfahrens «weitgehend frei». Allerdings muss festgestellt werden, dass die jüngere Rechtsprechung des Bundesgerichtes im Bereich des kantonalen Wahlrechts zunehmend zu einer Beschneidung des Spielraums der Kantone und zur Verunmöglichung kantonalen Eigenständigkeiten führt. Die weitgehende Auslegung von Artikel 34 der Bundesverfassung durch das Bundesgericht ist vor allem auch deswegen problematisch, weil Änderungen von kantonalem Wahlrecht nicht mehr auf direktdemokratischem Weg, mit politischen Mitteln und somit über demokratische Mehrheitsentscheide erfolgen. Gerichtliche Vorgaben im Bereich des kantonalen Wahlrechts werden leicht als Eingriffe in die kantonale Souveränität missverstanden, was zu politischen Auseinandersetzungen und Abwehrreflexen führt.

## Position der SVP

- Die SVP unterstützt die beiden Standesinitiativen, welche ihren Ursprung beim durch das Bundesgericht erzwungenen Wechsel der Wahlsysteme in den Kantonen Zug und Uri auf den «Doppelten Pukelsheim» haben.

## Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat hat die Umsetzung der Standesinitiativen der Kantone ZG (14.307) und UR (14.316) zur Souveränität bei Wahlfragen gutgeheissen. Damit sollen die Kantone weiterhin freie Wahl haben, wie sie ihre Behörden bestimmen. Auch die Wahlkreise sollen in eigener Kompetenz festgelegt werden. Als nächstes entscheidet der Nationalrat.



# Das Parlament verschärfte den bundesrätlichen Vorschlag zur Umsetzung der Pädophilen-Initiative gemäss Volkswillen

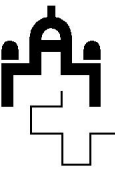
## Worum es geht

## Position der SVP

## Ergebnis in den Räten

- Volk und Stände haben am 18. Mai 2014 die Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» angenommen. Die Verfassung wurde mit Artikel 123c ergänzt, wonach Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.
- Das Tätigkeitsverbot soll dem darin anvisierten Automatismus betreffend Anordnung eines zwingend lebenslänglichen Verbots weitestgehend Rechnung tragen. Gemäss der Vorlage soll das Gericht für besonders leichte Fälle von einem Tätigkeitsverbot absehen können.
- Die SVP kritisiert den bundesrätlichen Umsetzungsvorschlag. Dieser erlaubt, dass das lebenslange Berufsverbot für verurteilte Straftäter auf einfache Weise umgangen werden kann. Damit ist die wichtigste Forderung der Initiative nicht umgesetzt.
- National- und Ständerat haben die letzten Differenzen zur Umsetzung der Pädophilen-Initiative (16.048) ausgeräumt. Verurteilten muss das Gericht in Zukunft lebenslang jede Tätigkeit mit Minderjährigen oder besonders schutzbedürftigen Personen verbieten. Die Verhältnismässigkeit wird nicht geprüft. Nur in besonders leichten Fällen kann das Gericht auf die Anordnung eines Tätigkeitsverbots verzichten (darunter gehört auch die Jugendliebe).





# Eine weitere Aufgabe soll von den Kantonen und Gemeinden an den Bund delegiert werden – die Kostenfolgen sind unbekannt

## Worum es geht

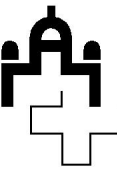
- Am 1. März 2016 wurde die Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» eingereicht. Die Initiative möchte den bestehenden Verfassungsartikel über die Fuss- und Wanderwege (Art. 88 BV) mit Bestimmungen über die Velowege ergänzen. Der Bundesrat schlägt vor, die Velo-Initiative abzulehnen und ihr einen direkten Gegenentwurf gegenüberzustellen.

## Position der SVP

- Die SVP lehnt die Volksinitiative (Velo-Initiative) und den vorliegenden Gegenentwurf entschieden ab. Die SVP lehnt die fachliche, koordinierende und finanzielle Unterstützung der Kantone und Gemeinden durch den Bund grundsätzlich ab. Die Erstellung und der Betrieb von Velowegen sind klar bei den Kantonen und Gemeinden angesiedelt. Auch dies ist ein Bereich unseres föderalen Systems, welcher sich bewährt hat. Zusätzlich hat der Bund auch finanziell keinen Spielraum zur Übernahme neuer Bundesaufgaben.

## Ergebnis in den Räten

- National- und Ständerat haben die Velo-Initiative (17.051) abgelehnt und stimmten gleichzeitig dem direkten Gegenvorschlag des Bundesrates zu. Dieser sieht vor, dass der Bund Massnahmen der Kantone und Dritter zur Förderung des Veloverkehrs unterstützen kann («Er [Der Bund] kann Massnahmen der Kantone und Dritter zur Anlage und Erhaltung solcher Netze sowie zur Information über diese unterstützen und koordinieren. Dabei wahrt er die Zuständigkeiten der Kantone.»). Das für diese neue Bundesaufgabe verwendete Geld wird der Bundesrat an anderer Stelle einsparen müssen.
- Einzig die SVP lehnte sowohl Initiative, wie auch den Gegenvorschlag ab.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/10)

## Vereidigungen

- Die Nationalräte Jakob Büchler (CVP/SG), Yannick Buttet (CVP/VS), Tim Guldemann (SP/ZH), Louis Schelbert (Grüne/LU) und Jean-Christophe Schwaab (SP/VD) gaben ihren Rücktritt bekannt.
- Sie wurden ersetzt durch Nicolo Paganini (CVP/SG), Benjamin Roduit (CVP/VS), Fabian Molina (SP/ZH), Michael Töngi (Grüne/LU) und Brigitte Crottaz (SP/VD).

## Richterwahlen

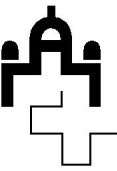
- Die Vereinigte Bundesversammlung hat sieben neue Richter für die Amtsperiode 2019-2024 ans Bundesverwaltungsgericht gewählt. Mit Grégory Sauder und Jürg Tiefenthal sind auch zwei Leute aus der SVP dabei.
- Wiedergewählt wurden auch die 69 bisherigen Richter.
- Bei der Wahl zweier nebenamtlicher Richter ans Bundesgericht wurden die beiden von der Gerichtskommission vorgeschlagenen SVP-Kandidaten Sonja Koch und Beata Wasser-Keller bestimmt.

## Raserdelikte

- Der Nationalrat stimmte einer Motion (17.3632) zu, welche will, dass Richter künftig bei Raserdelikten mehr Ermessensspielraum erhalten sollen. Konkret soll die Mindeststrafe von einem Jahr gestrichen und die Mindestdauer für den Führerausweisentzug reduziert werden.

## Rechtsvorbeifahren

- Der Nationalrat stimmte einer Motion (17.3666) zu, welche künftig das Rechtsvorbeifahren auf Autobahnen erlauben soll.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/10)

### Fair-Food-Volksinitiative

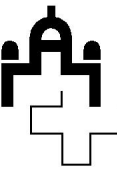
### Initiative für Ernährungssouveränität

### Zersiedelungsinitiative

### Gegenvorschlag zur Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre»

### DBAs mit Lettland, Pakistan, Kosovo

- Abgeschlossen wurden die Beratungen zur Fair-Food-Volksinitiative (16.073), welche u.a. neue Standards für Importprodukte fordert. Beide Kammern haben dazu die Nein-Parole beschlossen. Einen Gegenvorschlag zur Initiative wird es ebenfalls nicht geben.
- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Volksinitiative für Ernährungssouveränität (17.023) abgelehnt. Die Initiative will u.a. gentechnisch veränderte Organismen verbieten und den Import von nicht nachhaltig produzierten Lebensmitteln mit Zöllen belegen.
- Der Ständerat hat die Zersiedelungsinitiative (17.063) abgelehnt. Die Volksinitiative verlangt, dass die Fläche der Bauzonen in der Schweiz auf unbestimmte Zeit eingefroren wird. Das radikale Begehren hatte in der kleinen Kammer keine Chance.
- National- und Ständerat haben den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» (15.057) abgeschrieben. Nachdem National- und Ständerat die Revision des Steuerstrafrechts (Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug) per Motion blockierten, wurde das Hauptziel der Initiative mit der Erhaltung des Bankkundengeheimnisses erreicht. Nachdem die Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» zurückgezogen wurde, war auch ein Gegenvorschlag dazu nicht mehr notwendig.
- Zugestimmt wurde drei Doppelbesteuerungsabkommen mit Lettland, Pakistan und dem Kosovo (17.045). Eine Klausel, wonach künftige vergleichbare Doppelbesteuerungsabkommen nicht mehr dem fakultativen Referendum unterstehen sollen, wurde dabei gestrichen.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/10)

**Vereinfachungen  
für «vorläufig  
Aufgenommene»**

**Hilfe vor Ort**

**Nein zu  
Verschärfungen  
im Asylbereich**

**Präsenz in  
Eritrea stärken**

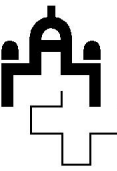
**Militärpolizei**

**Rückübernahme**

**ID-Überprüfung**

- Zugestimmt wurde im Ständerat der Forderung (18.3002), die sog. «vorläufig Aufgenommenen» bessere Möglichkeiten geben will. Statt das Gesetz zu verschärfen und Wirtschaftsmigranten direkt an der Grenze wegzuweisen, will der Ständerat entgegen dem Willen der SVP diesen den Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt erleichtern. Die Einwanderung illegaler Migranten dürfte damit noch weiter zunehmen.
- Abgelehnt hat der Ständerat eine Standesinitiative des Kantons Aargau (17.303), welcher wollte, dass die Schweiz Flüchtlingen möglichst nahe den Herkunftsländern hilft.
- Ebenfalls abgelehnt wurden Vorstösse aus den Reihen der SVP, welche Verschärfungen im Asylbereich forderten (16.3592: Verschärfung der Asylpraxis in Bezug auf Eritrea, 16.3467: Liste der Safe Countries erweitern, 16.3565: Suspendierung von Asylverfahren in einer ausserordentlichen Asyllage).
- Angenommen wurde eine abgeänderte Fraktionsmotion der SVP (17.3098), mit welcher die Schweiz ihre diplomatische Präsenz in Eritrea stärken soll. Die ursprüngliche Motion wollte den Bundesrat beauftragen, in Eritrea eine Botschaft zu eröffnen.
- Angenommen wurde eine Fraktionsmotion (17.3392) für die Unterstützung des Grenzwachtkorps durch die Militärpolizei bei einer starken Zunahme der Migration.
- Die Forderung (16.3109), Rückübernahmeabkommen mit Algerien, der Dominikanischen Republik, Marokko und Tunesien abzuschliessen, wurde angenommen.
- Abgelehnt wurden die Forderung (17.3462), alle Grenzübertritte durch eine digitale Identifikationsüberprüfung zu erfassen.





## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/10)

### Subventions- skandal bei der Postauto AG

- Der Nationalrat hat eine aktuelle Debatte zum Subventionsskandal bei der Postauto AG abgehalten. In der Diskussion ging es dann aber nicht nur um diese Affäre, sondern um die ganze Post, den Service Public wie auch um die Frage, wie man solche Fälle künftig vermeiden könnte.
- Die im Kreuzfeuer stehende verantwortliche Bundesrätin Doris Leuthard konnte dabei nur auf die laufende Untersuchung verweisen, konkrete Massnahmen oder Versprechungen aber keine machen. Die zuständigen Verkehrskommissionen der beiden Räte werden sich im 2. Quartal noch vertiefter mit der Materie beschäftigen.

### Konzept zum Poststellennetz

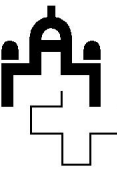
- Der Nationalrat stimmte einer bereits vom Ständerat angenommenen Kommissionsmotion (17.3356) zu, welche verlangt, dass der Bundesrat von der Post ein Konzept zum Poststellennetz, das Rücksicht auf regionale Gegebenheiten und verfügbare Verkehrsmittel will, einfordert.

### Organisation der Bahninfrastruktur

- Der Nationalrat nahm die Vorlage zur Organisation der Bahninfrastruktur (16.075) an, mit welcher die Rechte von Bahn- und Buspassagieren gestärkt und Diskriminierungen verhindert werden sollen. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.

### Keine Konkurren- zierung Privater durch die SRG

- In abgeänderter Form angenommen wurde eine Kommissionsmotion (17.3355) aus dem Ständerat, welche der SRG Kooperationen (Stichwort Admeira) mit anderen Medien nur erlauben will, wenn dies zur Stärkung der Medienvielfalt beitrage und keine Anbieter diskriminiert würden.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/10)

**500'000 Franken  
Lohn sind genug**

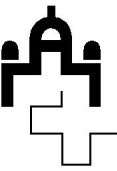
**«One in,  
two out»**

**Senkung der  
Staatsausgaben**

**Strengere  
Vorschriften für  
Beamtenlöhne**

**Kosten für  
Öffentlichkeits-  
arbeit**

- Abgelehnt wurde im Ständerat eine Motion aus dem Nationalrat, welche einen fixen Lohndeckel von 500'000 Franken für bundesnahe Betriebe wie Post, SBB oder Ruag forderte (16.3377).
- Ebenfalls abgelehnt wurde ein Vorstoss (16.3543), der für jeden neuen Erlass, Vorschriften mit doppelt so hohen Regulierungsfolgekosten ausser Kraft setzen wollte («one in, two out»)
- Angenommen wurden zwei Fraktionsmotionen der SVP, welche eine umfassende Überprüfung der Staatsaufgaben (16.3972) und eine generelle Senkung der gebundenen Ausgaben (16.3975) verlangen.
- Ebenfalls angenommen wurde eine weitere Kommissionsmotion (17.3978), welche die Bestimmungen zum Teuerungsausgleich beim Bundespersonal aufheben will.
- Ebenfalls angenommen wurden drei Motionen aus den Reihen der SVP, welche erstens das Lohnsystem des Bundes überarbeiten (16.3973), zweitens die Löhne an diejenigen der Privatwirtschaft angleichen (16.3974) und drittens die Entschädigungen für Nebenbeschäftigungen (16.3696) strikter regeln wollen.
- Angenommen wurde die Forderung (17.3850), dass in einem Bericht aufgeschlüsselt wird, wie hoch die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und externe Beratungen der letzten 10 Jahre beim Bund waren.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/10)

**Nein zu  
Zuckersteuer**

**Mindestpreis  
für Zucker**

**Steuerung der  
Milchmenge**

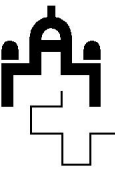
**Beiträge für Kühe  
in Anbindeställen**

**Nein zu Palmöl-  
Importen**

**Nationales  
Pferdezentrum**

**Genetische  
Untersuchungen  
beim Menschen**

- Abgelehnt wurde vom Ständerat eine Standesinitiative des Kantons Neuenburg (17.308) zur Einführung einer Zuckersteuer.
- Gleichzeitig wurde aber im Nationalrat einem Mindestpreis für Zucker (15.479) zugestimmt.
- Ein Vorstoss (16.3329), der verbindliche Regelungen bei der Steuerung der Milchmenge verlangt, wurde vom Nationalrat angenommen.
- Zugestimmt wurde einem Vorstoss (14.3899) aus den Reihen der SVP, welcher die Beiträge für die Haltung von Kühen in Anbindeställen an diejenigen von Freilaufställen angleichen will.
- Der Nationalrat nahm eine Motion (16.3332) an, welche den Bundesrat verpflichtet, bei den Verhandlungen mit Malaysia über ein Freihandelsabkommen Palmöl auszuklammern.
- Bei der Anpassung des Leistungsvertrags mit dem Nationalen Pferdezentrum (17.3510) hat die grosse Kammer den vom Ständerat beschlossenen Mindestbestand von 65 auf 55 Pferde reduziert. Das ist immer noch mehr als der Bundesrat, welcher die Zahl der Reitpferde von 65 auf 38 Pferde senken wollte.
- Der Nationalrat folgte beim Bundesgesetz zu genetischen Untersuchungen beim Menschen (17.048) praktisch ausschliesslich den Vorschlägen des Bundesrates. Die Revision wurde nötig, weil immer mehr Gentests im Internet angeboten werden und der dazu nötige Rechtsrahmen fehlt.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/10)

### Vertretung der Geschlechter im Bundesrat

- Im Ständerat knapp angenommen wurde eine Parlamentarische Initiative (17.484) welche die Vertretung der Geschlechter im Bundesrat neu in der Bundesverfassung regeln will. Heute gilt nur der Grundsatz, dass die Landesgegenden und Sprachregionen im Bundesrat angemessen vertreten sein müssen. Die Initiative geht nun an die grosse Kammer.

### Einholen von Beweisen durch ausl. Staaten in Verwaltungssachen

- Bei der Abstimmung zu zwei Übereinkommen des Europarates zur grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit (17.053) lehnte die kleine Kammer die Ratifikation des einen Übereinkommens (Nr. 100), welches verlangt, dass ausländische Staaten in der Schweiz Auskünfte und Beweise in Verwaltungssachen einholen dürfen, überraschend ab.
- Unbestritten war ein Übereinkommen (Nr. 94), das die Zustellung von Verfügungen und anderen Verwaltungsdokumenten ins Ausland erleichtert.

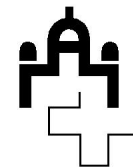
### Einführung eines Finanzreferendums

- Der Ständerat hat eine Motion (17.4318) aus den Reihen der SVP zur Einführung eines Finanzreferendums an die zuständige Kommission zur Vorprüfung überwiesen. Ein ähnliches Anliegen (17.446) hat die SVP auch im Nationalrat in der Sommersession 2017 deponiert.

### Abkommen zur Luftverunreinigung

- Zugestimmt wurde einem Übereinkommen zur grenzüberschreitenden Luftverunreinigung (17.064), mit welchem sich die Schweiz verpflichtet, den Ausstoss von hochgiftigen und schwer abbaubaren Substanzen weiter zu verringern. Unser Land erfüllt die Anforderungen bereits.





## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/10)

### Abstimmung über «Sion 2026»

- Knapp angenommen wurde die Forderung (17.4069), eine gesamtschweizerische Abstimmung über die Durchführung möglicher Winterspiele in Sion im Jahre 2026 abzuhalten. Der Bundesrat wollte, dass sich bloss die betroffenen Kantone und Gemeinden dazu äussern könnten.

### «Jugend und Sport» Moratorium

- Aufgehoben werden soll zudem das bisherige Moratorium für neue Sportarten, welche von «Jugend und Sport» unterstützt werden können (17.3605). Sportarten auf der Warteliste, die die Kriterien erfüllen, wären z.B. American Football und gewisse asiatische Kampfkünste.

### Heiratsstrafe bei der AHV

- Angenommen wurde eine Fraktionsmotion (16.3103), welche die Heiratsstrafe bei den AHV-Renten abschaffen will.

### PK-Investitionen

- Angenommen hat der Ständerat eine Motion (15.3905) aus der grossen Kammer, welche Investitionen in Infrastrukturanlagen für Pensionskassen erleichtern soll.

### Franchisen

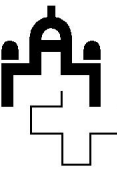
- Angenommen wurden mehrere Motionen (16.3084, 16.3110, 16.3111, 16.3112), welche Erhöhungen bei den Mindest- und Maximalfranchisen der Krankenversicherung fordern.

### Kartellrecht

- Angenommen wurde eine Verbesserung des Kartellrechts für KMU (16.4094). Damit sollen die Gerichtsverfahren beschleunigt werden und die Parteien künftig eine Entschädigung für ihre Kosten erhalten.

### «World Skills»

- Ebenfalls angenommen wurde die Forderung (17.3975), die Berufsweltmeisterschaft «World Skills» im Jahre 2023 in der Schweiz auszutragen.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/10)

### Wehrpflicht- ersatzabgabe

- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Änderung des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (17.055) zugestimmt. Neu muss eine Person, welche bei der Entlassung aus dem Militärdienst nicht sämtliche Diensttage geleistet hat, dafür zahlen.

### Obligatorische Schiesspflicht

- Klar abgelehnt wurde ein Vorstoss (17.3913), welcher die Abschaffung der obligatorischen Schiesspflicht forderte.

### Fremder Militärdienst

- Abgelehnt wurde eine Motion aus der SVP (16.3234), welche das Verbot des fremden Militärdienstes und der Werbung für Militärdienst im Ausland ausweiten wollte.

### Strahlengrenz- werte für Mobilfunknetze

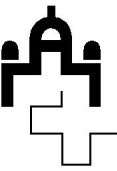
- Mit nur einer Stimme Unterschied abgelehnt wurde eine Kommissionsmotion (18.3006), welche die Strahlengrenzwerte für Mobilfunknetze an das europäische Niveau angleichen wollte.

### FINMA: Trennung Aufsichtstätigkeit und Regulierung

- Angenommen wurde auch eine Kommissionsmotion (17.3976), welche eine Verstärkung der Kontrolle der Finanzmarktaufsicht (Finma) verlangt. Aufsichtstätigkeit und Regulierung sollen künftig im Gesetz klar getrennt werden.

### Energiepolitik

- Klar angenommen wurden zwei Motionen im Bereich der Energiepolitik. Die eine (17.3970) verlangt im Stromversorgungsgesetz die Schaffung einer strategischen Reserve, um etwaige Stromunterbrüche besser auffangen zu können, die andere (17.3971) den Strommarkt auch für Kleinkunden zu liberalisieren.



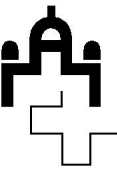
## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/10)

### Änderung für Parlamentarier

- Angenommen wurde eine Sammelvorlage zu verschiedenen Änderungen des Parlamentsrechts (16.457). Im Unterschied zum Nationalrat will der Ständerat hier aber weitergehen. So sollen Ratsmitglieder in Zukunft im Register der Interessenbindungen auch ihre Arbeitgeber öffentlich angeben müssen und ob sie Tätigkeiten ehrenamtlich oder gegen Bezahlung ausüben. Die Vorlage geht mit einigen Differenzen damit zurück zur grossen Kammer.
- Zugestimmt wurde einer Parlamentarischen Initiative (16.460) aus den Reihen der SVP, welche verlangt, dass abgewählte Parlamentsmitglieder keine Überbrückungshilfe mehr beziehen können.
- Abgelehnt wurde hingegen die Forderung (16.4152), welche für Kaderangestellte des Bundes und der SBB sowie für Parlamentarier nur noch ein GA zweiter Klasse verlangte.
- Abgelehnt wurde auch eine linke Forderung (15.445), welche auf Kosten des Bundes bzw. des Steuerzahlers, jedem Parlamentsmitglied die Anstellung eines persönlichen Mitarbeiters im Umfang von 80 Stellenprozent ermöglichen wollte.

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  - 3. Besuch im Bundeshaus**
  4. Aktualitäten





# Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

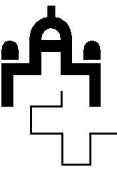
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Sommersession: 28. Mai – 15. Juni 2018**
- **Herbstsession: 10. – 28. September 2018**
- **Wintersession: 26. November – 14. Dezember 2018**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
  - Anmeldung im Internet unter [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch):  
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
  - Für Rückfragen E-Mail an [sessionsbesuche@parl.admin.ch](mailto:sessionsbesuche@parl.admin.ch) oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
  - E-Mail an mich
  - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  - 4. Aktualitäten**



## Abstimmungen vom 10. Juni 2018

- Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»
- Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS)

**NEIN**

**Stimm-  
freigabe**

Haben Sie Fragen?

